

BESCHLUSSPROTOKOLL II

der 34. Sitzung des Bundesrates vom 2. Oktober 1978

1. Massnahmen der Nationalbank

In Anwesenheit von Herrn Leutwiler, Präsident des Direktoriums der Nationalbank, bespricht der Rat die durch die Beschlüsse der Nationalbank vom 30. September eingetretene Lage und die Konsequenzen, die daraus zu ziehen sind. Materiell ist der Rat, der, soweit möglich, am Samstag telefonisch über die Beschlüsse der Direktion der Nationalbank orientiert worden ist, mit den getroffenen Massnahmen einverstanden. In formeller Hinsicht wird allgemein gewünscht, dass inskünftig bei so wichtigen Entscheiden eine vorgängige Konsultation des Bundesrates stattzufinden habe. In rechtlicher Hinsicht schliesslich werden Bedenken darüber laut, ob alle von der Nationalbank gefassten Beschlüsse gesetzlich restlos abgesichert sind. Herr Leutwiler bejaht dies, doch wird in der Diskussion darauf aufmerksam gemacht, dass in diesem Falle die Nationalbank über die Prioritäten der Währungspolitik und damit indirekt über Prioritäten der schweizerischen Wirtschaftspolitik schlechthin entscheidet, was nicht die Meinung war, als der Bundesrat 1973 dem Floating zustimmte.

Bezüglich der Auswirkungen der gefassten Beschlüsse hält Herr Leutwiler dafür, dass für die Interventionen zur Stützung des Dollars bzw. der D-Mark, möglicherweise mit Einsätzen von 5 - 10 Milliarden Franken gerechnet werden muss. Die Verluste, die daraus für die Nationalbank entstehen und einen entsprechenden Abschreibungsbedarf provozieren, müssen durch eine Aufwertung des Goldbestandes gedeckt werden. Verhandlungen in dieser Hinsicht sind mit dem FZD im Gange. Dass aus der Kurssicherung zugunsten der Exportindustrie eine versteckte Subventionierung resultieren könnte, wird von Herrn Präsident Leutwiler in Abrede gestellt. Grösste Sorgen bereitet dem Rat hingegen die Tatsache, dass die Beschlüsse der Direktion der Nationalbank in der Praxis zu einer starken Geldmengenvermehrung führen werden, womit die Preisstabilität, bzw. Inflationsbekämpfung, die bisher als erste Priorität der Währungspolitik galt, in den Hintergrund tritt vor dem Ziel stabilerer Wechselkurse. Herr Präsident Leutwiler sieht in dieser Auswirkung der gefassten Beschlüsse ebenfalls eine bedauerliche Konsequenz, hält sie aber für vertretbar, da es sich in seinen Augen nur um einen vorübergehenden Prioritätswechsel handelt und die Vermehrung der Geldmenge nicht automatisch mit entsprechender Teuerung gleichgesetzt werden darf.

Es wird beschlossen, die künftige Entwicklung gemeinsam aufmerksam zu verfolgen und nötigenfalls sofort wieder Kontakt aufzunehmen.

2. Fest des jurassischen Volkes

Herr Furgler verweist auf die Stellungnahmen der Sprecher des Rassemblements jurassien am Fest des jurassischen Volkes vom 1. Oktober 1978, wo der historische Entscheid des eidgenössischen Souveräns über die Gründung des Kantons Jura offensichtlich verkannt worden ist. Die neuerliche Infragestellung des ganzen Verfahrens, das zur Gründung des heutigen Kantons Jura geführt hat, dürfte in der schweizerischen Öffentlichkeit nicht verstanden werden. Der Chef des JPD ist deshalb der Auffassung, dass der Bundesrat in einer entsprechenden Erklärung Stellung nehmen sollte. Vor- und Nachteile solch einer Erklärung sind indessen umstritten, namentlich mit Rücksicht darauf, dass gleich mit einer weiteren Erklärung des RJ gerechnet werden muss und sich daraus eine Polemik entwickelt. Der Chef des JPD und Herr Bundeskanzler Huber werden beauftragt, die Angelegenheit nach Schluss der Sitzung noch gemeinsam zu überprüfen und einer Lösung zuzuführen.

3. Weisungen über die Spionageabwehr

Die von Generalstabschef Senn am Fernsehen bekanntgegebenen Weisungen über die Spionageabwehr sind von der Bundesanwaltschaft, wie Herr Furgler ausführt, mit Befremden aufgenommen worden, da die BA schon vor längerer Zeit Weisungen dieser Art herausgegeben hat. Herr Gnägi hält dazu fest, dass die Generalstabsabteilung bei ihren Vorarbeiten stets in engem Kontakt mit der Bundesanwaltschaft stand.

4. Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Papst Johannes Paul I

Der Rat beschliesst, sich an der Trauerfeierlichkeit in Bern vom 6. Oktober durch Herrn Bundespräsident Ritschard, Herrn Bundesrat Chevallaz und Herrn Bundeskanzler Huber vertreten zu lassen. Für die Vertretung am Begräbnis wird sich die Schweiz an die protokollarischen Richtlinien, die noch ausstehen, halten. Werden allgemein Botschafter delegiert, wird die Schweiz ihren Botschafter in Rom entsenden, nehmen aus den andern Staaten Minister an den Begräbnisfeierlichkeiten teil, wird ein aktives Mitglied des Bundesrates zu delegieren sein.

5. Staatssekretär-Titel

Herr Honegger hält fest, dass Herr Jolles für seinen Besuch vom 12. - 16. Oktober in Moskau ebenfalls mit dem Titel des Staatssekretärs auftreten sollte. Nachdem dies in China gut gespielt hat und keine negativen Reaktionen in der Öffentlichkeit zu verzeichnen waren, sollte der Beibehaltung des Titels auch für den Besuch in Moskau nichts entgegenstehen. - Der Rat ist einverstanden.

6. Abstimmungsvorlagen Februar 1979

Herr Bundeskanzler Huber stellt für die Sitzung vom 18. Oktober einen Bericht über die Abstimmungslage in Aussicht. Der Rat wird sich insbesondere darüber schlüssig werden müssen, ob die Initiative gegen die Suchtmittelreklame für den 18. Februar 1979 terminiert werden soll. Es bestehen Gründe dafür und dagegen. Bezüglich der Atominitiative ist zu entscheiden, ob sie zusammen mit dem Atomgesetz (wenn das Referendum ergriffen wird, was abzuwarten ist) zur Abstimmung gelangen soll und an welchem Tag.

7. Personal-Sicherheitsprüfung / Mitteilung von Bundeskanzler Huber

Gestützt auf den Bundesratsbeschluss vom 3.10.1978 über die Personal-Sicherheitsprüfung in der Bundesverwaltung hat das Personalamt mit den Personalverbänden Kontakt aufgenommen, wobei sich eine scharfe negative Reaktion des Föderativverbandes ergab. Es ist zu befürchten, dass diese Angelegenheit in Zusammenhang mit der Abstimmung über die Bundessicherheits-Polizei hochgespielt wird, dies umso mehr, als der Föderativverband zusätzlich die Vorakten zum BRB vom 3.10.1978 verlangt. Der Rat ist der Auffassung, dass von der Herausgabe dieser Akten keine Rede sein kann. Herr Chevallaz, der von der ganzen Angelegenheit nichts wusste, wird sich der Sache annehmen.

8. Richtlinien der Regierungspolitik/Rechenschaftsbericht

Herr Bundeskanzler Huber gibt bekannt, dass die Präsidentenkonferenz des Nationalrates und das Büro des Ständerates sich damit einverstanden erklärt haben, dass im Jahre 1979 kein Rechenschaftsbericht des Bundesrates erscheint.

9. Zusammenkunft der Landesweibel

Im Jahre 1979 wäre der Bund an der Reihe, die jährliche Zusammenkunft der Landes- und Bundesweibel zu organisieren. Die Bundesweibel haben ein Begehren um einen Bundesbeitrag gestellt. Herr Bundeskanzler Huber beantragt im Sinne eines Vorentscheides, dafür Fr. 5'000.-- zu gewähren. Der Rat ist damit einverstanden. Ein schriftlicher Antrag wird noch folgen.

10. Parlamentarische Initiative für Familienpolitik

Herr Pfister hat Herrn Bundeskanzler Huber wissen lassen, dass die Kommission, welche die parlamentarische Initiative für Familienpolitik vorberät, von der Bundesverwaltung drei Gutachten möchte, die in den Aufgabenbereich der Justizabteilung, des BIGA und des BSV fallen. - Der Rat ist damit einverstanden, dass entsprechende Gesuche an die zuständigen Departemente überwiesen werden.

11. Guatemala

Herr Bundesrat Aubert orientiert den Rat über die Besetzung der Schweizerischen Botschaft in Guatemala durch Arbeiter, die dort den Schweizerischen Botschafter Yves Berthout festhalten. Sie fordern seinen Einsatz gegen die Schliessung einer Fabrik, die mit der ETERNIT AG in der Schweiz verbunden ist. Das EPD steht ununterbrochen in direktem Kontakt mit dem Schweizerischen Botschafter. Es besteht momentan keine Gefahr für sein Leben, doch könnte sich die Situation rasch ändern, wenn die Regierung von Guatemala beschliessen sollte, die Besetzer anzugreifen.

3.10.1978 Br/Ba (10)

BUNDESKANZLEI